



KfW Research

KfW-Kommunalpanel 2017



Bank aus Verantwortung



Impressum

Herausgeber

KfW Bankengruppe

Palmengartenstraße 5-9

60325 Frankfurt am Main

Telefon 069 7431-0

Telefax 069 7431-2944

www.kfw.de

Endredaktion

KfW Bankengruppe

Abteilung Volkswirtschaft

Dr. Stephan Brand

Dr. Johannes Steinbrecher

E-Mail: research@kfw.de

Inhaltliche Bearbeitung

Deutsches Institut für Urbanistik

Autoren:

Dr. Henrik Scheller

Dr. Stefan Schneider

unter Mitarbeit von

Detlef Landua

Sylvana Lange

Sabrina Schimmel

ISSN 2191-4826

Copyright Titelbild

Quelle: Getty Images / Fotograf Westend61

Frankfurt am Main, Mai 2017

Zusammenfassung

Das KfW-Kommunalpanel 2017 verzeichnet einen Rückgang des wahrgenommenen Investitionsrückstandes. In der repräsentativen Hochrechnung für alle Kommunen ab 2.000 Einwohner beträgt dieser insgesamt 126 Mrd. EUR (2016: 136 Mrd. EUR).

Nach wie vor bestehen die höchsten Nachhol- und Ersatzbedarfe in den Bereichen Straßen und Verkehrsinfrastruktur (34,4 Mrd. EUR) sowie Schulen einschließlich der Erwachsenenbildung (32,8 Mrd. EUR). Mit Abstand folgen die Bereiche öffentliche Gebäude (11,3 Mrd. EUR), Sportstätten und Bäder (9,7 Mrd. EUR) sowie Wasserver- und -entsorgung (8,6 Mrd. EUR). Ein erkennbarer Zuwachs bei den ungedeckten Investitionsbedarfen ist im Bereich Wohnungswesen zu verzeichnen, während in vielen kleineren Aufgabenbereichen leichte Rückgänge zu beobachten sind. Immerhin 35 % der befragten Kommunen erwarten für die nächsten fünf Jahre einen weiter sinkenden Investitionsrückstand, während 20 % von einem weiteren Anstieg ausgehen. Trotz eines Anstiegs der Investitionsbedarfe im vergangenen Jahr geht eine relative Mehrheit insbesondere in den Bereichen Schulen und Kitas von einem zukünftigen Abbau des Investitionsstaus aus.

Die Finanz- und Haushaltslage der Kommunen insgesamt hat sich in den vergangenen zwölf Monaten verbessert: Schuldenstand, Kassenkredite und Zinsausgaben konnten 2016 in der Summe leicht zurückgeführt werden. Auch der Ausgabenanstieg war moderat, sodass im dritten Jahr in Folge ein Finanzierungsüberschuss von 5,4 Mrd. EUR erzielt werden konnte. Trotzdem bestehen die seit Jahren konstatierten regionalen Disparitäten zwischen den Kommunen fort.

In der Summe planen die befragten Kommunen eine Steigerung ihrer Investitionen um etwa 15 %. So waren für 2016 rund 30,8 Mrd. EUR eingeplant, für 2017 sollen es sogar 31,7 Mrd. EUR sein. Sogar ein wachsender Teil von Kommunen, die den Haushaltsausgleich derzeit nicht schafft bzw. sogar einem Haushaltssicherungskonzept unterliegt, gibt an, die eigenen Investitionsausgaben 2016 und 2017 zu steigern. Die tatsächlichen Investitionsausgaben lagen in der Vergangenheit jedoch stets unter den Planungen.

Der vergleichsweise moderate Anstieg der Investitionsausgaben – in Relation zum ermittelten Investitionsrückstand und den verfügbaren Finanzmitteln –

verweist darauf, dass das Maß der öffentlichen Investitionstätigkeit auch von der Verfügbarkeit kommunaler Planungskapazitäten sowie vom Auslastungsgrad des privaten Baugewerbes abhängt. Zeitlich befristete Investitionsförderprogramme von Bund und Ländern schaffen deshalb vor allem für finanz- und strukturschwache Kommunen keine hinreichende Planungssicherheit. Der nachhaltige Abbau des kommunalen Investitionsrückstandes setzt eine dauerhaft auskömmliche Finanzausstattung und entsprechende zeitliche Planungshorizonte voraus.

Zur Finanzierung ihrer Investitionstätigkeit greifen die Landkreise, Städte und Gemeinden in erster Linie auf allgemeine Deckungsmittel sowie Kommunalkredite zurück. 2016 wurden rund 65 % aller Investitionen mit diesen beiden Instrumenten finanziert. Dabei geht rund ein Drittel der befragten Kommunen davon aus, dass der Kommunalkredit in Zukunft an Bedeutung gewinnen wird – wie auch die von den Kommunen zu beantragenden Fördermittel. Obwohl beispielsweise die größeren Städte immerhin zu 21 % Kommunalkredite zur Investitionsfinanzierung benutzen, können die Kommunen das derzeit niedrige Zinsniveau offenbar nicht systematisch für zusätzliche Investitionen nutzen.

Die Finanzierungsbedingungen sind für die meisten Kommunen nach wie vor gut. Immerhin 60 % der Landkreise, Städte und Gemeinden geben an, dass sich die Anzahl der erhaltenen Kreditangebote in den letzten fünf Jahren nicht verändert hat. Ein Drittel hingegen registriert, dass die Anzahl der Offerten der Kreditgeber "gesunken" bzw. sogar "stark gesunken" ist. Dies gilt in besonderer Weise für Großstädte mit ihren großen Investitions- und Kreditvolumen. Mit wachsender Kredithöhe steigt auch der Anteil der Kommunen, die deutlich mehr Anfragen an verschiedene Kreditgeber richten.

Das diesjährige Sonderthema zum kommunalen Finanzierungsmanagement verdeutlicht, dass die Kommunen in der Schulden-, Kredit- und Zinssteuerung auf unterschiedlichen Wegen auf Veränderungen am Kreditmarkt reagieren. Insbesondere der Optimierung von Laufzeiten und Zinsbindung wird von der Mehrheit der befragten Kämmerer eine hohe Bedeutung beigemessen. Hingegen wird bei der langfristigen Liquiditäts- und Finanzplanung noch Verbesserungsbedarf gesehen.